

Dezernat II

Finanzen, Sicherheit & Bürgerservice



QUARTALSBERICHT 2/2018

29. August 2018



■	Überblick Dezernat II	3
■	Erläuterungen zum Berichtszeitraum	3
■	Vorschau Gesamtjahr / Folgejahr	3
■	Chancen und Risiken	5
■	Ergebnisplan	6
■	Budgetübersicht	7
■	Stellenübersicht	10
■	Kennzahlen	11



ERLÄUTERUNGEN ZUM BERICHTSZETRAUM

Das voraussichtliche Ergebnis, das der Ergebnisplan des Dezernates 2 zum 30.06.2018 ausweist, beträgt -24,5 Mio.€ und liegt somit im 2. Quartal 1,375 Mio.€ unter dem Planansatz. Die ergebnisrelevanten Planabweichungen betreffen folgende Sachverhalte:

Ertragsseitig bewegen sich die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Position 04) um 381 T€ über dem Haushaltsansatz, wofür vor allem Mehrerträge bei Hortgebühren in Höhe von 250 T€ im KiHGS, davon 163 T€ an das Land abzuführende Personalkosten, verantwortlich zeichnen. 60 T€ gehen im FD-KO auf die Änderung der Sondernutzungsgebühren und weitere 50 T€ auf die Neukalkulation der Entgelte für Feuerwehreinsätze zurück. Die sonstigen laufenden Erträge (Position 09) unterschreiten den Planansatz um 531 T€ und resultieren nach wie vor aus Defiziten (500 T€) bei Bußgeldern im ruhenden und fließenden Verkehr. Insgesamt unterschreiten die Erträge den Planansatz um 127 T€.

Die Aufwendungen überschreiten den Planansatz insgesamt um 1,2 Mio. €. Korrespondierend zu Position 04 der Erträge entfällt in Position 07 ein Mehraufwand von 163 T€ auf den an das Land abzuführenden Personalkosten-Anteil aus Hortgebühren. Ende des 2. Quartals ist festzustellen, dass die Einsparungen im Personalkostenbudget den zu erbringenden Konsolidierungsbeitrag noch nicht decken, woraus eine Überschreitung der Personalkosten SN 1 (Position 01) von 491 T€ resultiert. Der Mehraufwand bei den sonstigen laufenden Aufwendungen (Position 09) lässt sich, wie im Vorquartal, überwiegend auf die Inanspruchnahme von Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr zurückführen.

Per 30.06.2018 waren Stellen im Umfang von 13,56 VbE unbesetzt.

Aus der Kennzahlenbetrachtung im Vergleich zum Plan ergeben sich per Stichtag keine überraschenden Ausschläge im roten Bereich, da es sich um die bekannten Sachverhalte handelt:

- Im Produkt 1234 Verkehrsüberwachung weist die Kennzahl Anzahl Verwarnungen/Bußgelder fließender Verkehr (12340110) eine Planunterschreitung auf. Gleiches trifft auch auf das Produkt 3654 Erhebung Elternbeiträge für Horte - Kennzahl Anzahl der Bescheide (36540100) zu.
- Dagegen liegen im Produkt 1221 Sicherheit und Ordnung die Anzahl der Sondernutzungsanträge gesamt (12210100) nach wie vor über und die Anzahl der Vorgänge ZEVD gesamt (12210110) etwas unter dem Planwert.
- Im Produkt 1223 Personenstandswesen, Staatsangehörigkeit und Einbürgerung befinden sich die Kennzahlen Anzahl der Beurkundungen Sterbefällen ebenso im roten Bereich wie im Produkt 1224 Aufenthaltsrecht von Ausländern die Kennzahl Anzahl ausgehändigter elektronischer Aufenthaltstitel.

VORSCHAU GESAMTJAHR / FOLGEJAHR

Fachdienst Haushalt, Controlling und Organisationsentwicklung

Die wichtigste Aufgabe des Fachdienstes Haushalt, Controlling und Organisationsentwicklung (FD-HHCO) in 2018 ist die Erarbeitung der Beschlussvorlage zum Doppelhaushalt 2019/20 einschließlich der Fortschreibung des Stellenplans und der Umsetzung von Strukturveränderungen durch die Organisationsentwicklung. Das vorliegende "Szenario 2030" für die nachhaltige Finanzierung der Kommune mit langfristigem Zeithorizont gilt es in diesem Kontext mit Leben zu erfüllen. Der Verwaltungsentwurf zu einer Strategie für Wachstum und Investitionen wurde federführend durch den FD-HHCO erarbeitet und wird im September 2018 dem Stadtrat und seinen Gremien zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt.

Controlling und Organisationsentwicklung werden weiterhin von der Einführung des Business Intelligence(BI)-Systems für Themenbereiche außerhalb des Finanzcontrollings, der beschleunigten Nutzbarmachung des DMS-Systems für papierlose Prozesse über die bloße Archivfunktion hinaus sowie durch das Projekt zur strategischen Neuausrichtung des Beteiligungsmanagements geprägt sein.

Darüber hinaus begleitete der FD-HHCO sehr eng die Aufbauphase des Zentralen Projektmanagements, welches zum 01.09.2018 in die direkte Unterstellung zum OB wechselt. Die umfassende Verantwortung für Digitalisierung wechselt zeitgleich zum neuen Finanzdezernenten, was zusätzliche Aufgaben für den FD-HHCO mit sich bringen wird.

Als maßgebliches verwaltungsweites IT-Projekt steht für 2018 die Einführung neuer Werkzeuge für Wissensmanagement und Zusammenarbeit auf der Tagesordnung.

Fachdienst Buchhaltung und Vollstreckung

Bei Leistungen für Dritte - gesetzlich zugewiesene Vollstreckung - entstand ein Minderertrag von 25 T€, der sich voraussichtlich durch das gesamte Jahr 2018 ziehen wird. Seit Mai 2018 nimmt der ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice erneut einen Abgleich seiner Daten mit den Daten der Melderegister vor, so dass im Jahr 2019

wohl wieder mit einem stark erhöhten Anfall von Vollstreckungsaufträgen zu rechnen ist.

Die Säumniszuschläge wiesen ebenfalls einen Minderertrag über 15 T€ aus. Die absolute Zahl der Mahnungen sinkt seit 2013 stetig, insbesondere in Bußgeldsachen durch generell sinkende Fallzahlen infolge rückläufiger Bußgelder im fließenden Verkehr. Dies trifft auch auf Steuerangelegenheiten zu, bei denen es sich oftmals um säumniszuschlagsrelevante Sachverhalte handelt. Ebenso fallen aktuell kaum noch größere Beträge für Bausachverhalte an.

2018 wird vor allem ein gut laufender Umstrukturierungsprozess im FD-BVS von hoher Wichtigkeit sein. Durch die Auflösung der gemischten Teams und die Entstehung von zwei getrennten Bereichen - Buchhaltung, Vollstreckung - werden Weiterbildungen, Schulungen, Seminare etc. unabdingbar sein. Wünschenswert sind insbesondere Inhouse-Schulungen mit externen Dozenten. Das geplante Aus- und Fortbildungsbudget wird hierfür allerdings nicht ausreichen. Der in diesem Zusammenhang gestellte Antrag für die Übertragung von Mitteln gem. § 17 (1) ThürGemHV-Doppik wurde genehmigt. Hiervon sollen 20 T€ zum Ausgleich von Unwägbarkeiten im jetzt eingeschätzten voraussichtlichen Ist und für die Zahlung der Rechnungen für die Aus- und Fortbildungen genutzt werden.

Fachdienst Kommunale Ordnung

Auch im 2. Quartal verzeichnete der Fachdienst Kommunale Ordnung eine Steigerung bei den Einnahmen aus Sondernutzungsgebühren. Diese resultierte zum Teil aus der Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung (höhere Gebühren) und zum Teil aus einem erhöhten Aufkommen (gestiegene Anzahl von Sondernutzungsanträgen). Es ist abzusehen, dass die Einnahmen aus Sondernutzungsgebühren im Jahresverlauf noch etwas steigen werden.

Die geringere Anzahl Vorgänge ZEVD begründet sich durch zwei Langzeiterkrankungen von Mitarbeitern.

Fachdienst Verkehrsorganisation

Die Fallzahlen bei stationären Geschwindigkeitsmessanlagen waren erfreulicherweise stark rückläufig. Der Rückgang zum Vergleichszeitraum des Vorjahres 2017 betrug 11,3 %, im Vergleich zum Jahr 2015 sogar 32,5 %. Insofern zeigen die stationären Messanlagen eine gute Wirksamkeit und haben das Ziel der deutlichen Geschwindigkeitssenkung auf das angeordnete Niveau zufriedenstellend erreicht. Dem gegenüber gab es annähernd konstante Fallzahlen bei mobilen Geschwindigkeitsmessanlagen im Vergleich zum Vorjahr, die durch einen effizienten Einsatz von Personal und Gerätetechnik erreicht wurden.

Das Arbeitsfeld Verkehrsüberwachung ruhender Verkehr verzeichnete einen Rückgang der Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr um 7 %. Grund für diesen Rückgang war die erforderliche Einarbeitung neuer Kollegen, die eigene Personalressourcen band und die größtenteils extreme Witterung mit Frost bis März und große Hitze ab Mai, die eine Reduzierung der Kontrollzeiten und einen hohen Krankenstand bei den Mitarbeitern im Außendienst einsatz bescherte. Zusätzlich werden durch Verkehrsüberwacher Vertretungsaufgaben in der Poststelle der Stadt übernommen, um deren Funktionsfähigkeit zu sichern. Tendenziell zeichnet sich ab, dass die Kontrolleure des ruhenden Verkehrs immer mehr von der eigentlichen Kontrolltätigkeit durch Sondereinsätze abgehalten werden. Dazu zählen beispielsweise die Durchsetzung von Straßensperrungen bei Fußballveranstaltungen, bei der Kulturarena und sonstigen Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum.

Fachdienst Feuerwehr

Der im 2. Quartal erreichte unterdurchschnittliche Wert von ca. 82,27 % im Erreichungsgrad der Hilfsfrist wird im Mittel der 3 Monate durch den Wert des Monats Juni (nur 71%) gedrückt. Ursache dafür waren einige Einsätze in ungünstiger Lage sowie Paralleleinsätze, bei denen die Hilfsfrist nicht gehalten werden konnte.

Der Rückstand im Bereich der Abrechnung Rettungsdienst konnte auf ca. 3 Monate reduziert werden. Die geplanten Einnahmen für das Jahr 2018 werden mit großer Wahrscheinlichkeit erreicht.

Fachdienst Bürger- und Familienservice

Eine wichtige Herausforderung des Jahres 2018 hat der Fachdienstes Bürger- und Familienservice durch die Gewährleistung eines gesicherten Ablaufes der Wahl des Oberbürgermeisters bereits gemeistert.

Im Übrigen gelten die Aussagen des 1. Quartals fort:

Im Team Familienservice bedürfen die Auswirkungen des jeweils letzten beitragsfreien Kita-Jahres und der Erweiterung der Kita-Kapazität in Jena auf die verwaltungsorganisatorische Umsetzung der Beobachtung.

Die Erträge bei den Hortgebühren werden voraussichtlich, basierend auf der sich weiter verbessernden Einkommenssituation, erneut über dem geplanten Soll liegen. Gleiches trifft auf die Abführung des Anteils an das Land Thüringen zu.

Im Team Bürgerservice wird zu Semesterbeginn mit erhöhtem Besucheraufkommen zur Anmeldung von Wohnsitzen, insbesondere von ausländischen Studierenden gerechnet, was eine am Jahresende höhere Einwohnerzahl erwarten lässt.

Fachdienst Personenstandswesen und Aufenthaltsrecht

Im Standesamt bestand weiterhin erhöhter Beratungsbedarf im Bereich Einbürgerungen/Staatsangehörigkeiten. So erfolgten bereits zum Ende des 2. Quartals ca. 55 Einbürgerungen. Es zeichnet sich ab, dass im Jahr 2018 auch die geplante Zahl der Eheschließungen übererfüllt wird. Gleiches gilt für den Bereich Sterbefälle, während sich die

Geburtenanzahl annähernd gleichbleibend darstellt, wobei von den bis dato 967 beurkundeten Geburten allein ca. 70 Geburten eingetragen wurden, deren Eltern Flüchtlinge sind und ca. 100 Geburten, von denen mindestens ein Elternteil oder beide Eltern eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen. Dies erfordert einen deutlich höheren Zeitaufwand für die Bearbeitung. Außerdem kristallisiert sich erhöhter Schulungsbedarf heraus, besonders für die Fälle der nicht nachgewiesenen Identitäten, der nicht vorhandenen oder unbeglaubigten Personenstandsdokumente sowie zur Bewältigung von Sprachbarrieren und kulturellen Unterschieden zum mitteleuropäischen Raum.

Im Bereich der Ausländerbehörde nimmt tendenziell die Zahl in Jena lebender Personen ausländischer Staatsangehörigkeit weiter zu. Auch die heterogene Zusammensetzung - starke Unterscheidungen nach Aufenthaltsgründen, geplanter Aufenthaltsdauer, Staatsangehörigkeit und rechtlichen Vorschriften - besteht weiter.

- Im Hochschulbereich führte die 2016 ins Aufenthaltsgesetz eingeführte Trennung der Aufenthaltsrechte für Studium und Studienvorbereitung zu deutlichem Mehraufwand.
- Im Flüchtlingsbereich verlagerte sich der Schwerpunkt in Richtung Nachreisewunsch Familienangehöriger.
- Im April 2018 ergingen Ausweisungen wegen illegaler Beschäftigung.
- Offenbar sind Ausländerzentralregister und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weiter mit dem Nachholen der Qualitätssicherung befasst. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit zusätzlicher Aktionen (wie Pass-Überprüfungen, Sachstands-Abgleichlisten) ohne aufenthaltsrechtliche Außenwirkung.

Die Bereiche Hochschulen, Wirtschaft und EU-Staatsangehörige haben zusammen eine deutlich höhere Fallzahl als der Flüchtlingsbereich. Das wird allerdings in der Öffentlichkeit nach wie vor nicht korrekt wahrgenommen; erfahrungsgemäß wird der Flüchtlingsbereich auf den ersten Platz gestellt. Diese Fehleinschätzung fördert Vorurteile.


Neben der mehrfach thematisierten Zunahme von Aufgaben im Zusammenhang mit Ausländern in vielen Bereichen der Verwaltung besteht eine wichtige aktuelle Herausforderung in der Umsetzung des Familiennachzugsneuregelungsgesetzes vom 12.07.2018. Außerdem beginnt 2019 der Ablauf der ab 2016 im Flüchtlingsbereich verfügbaren 3-jährigen Wohnsitzverpflichtung auf ein Bundesland. Gegenwärtig ist völlig unklar, ob daraus ein verstärkter Zuzug nach oder ein Wegzug aus Jena resultieren wird. Darauf wird auch die Frage nach ausreichendem Wohnraum mit angemessenem Preis Einfluss haben.

CHANCEN UND RISIKEN

In der Neufassung verschiedener gebührenrelevanter Satzungen in den Fachdiensten Kommunale Ordnung und Feuerwehr liegen weiterhin Potenziale, die Einnahmen im Dezernat zu erhöhen. Mit der Neustrukturierung der Führungs- und Organisationsstruktur der Berufsfeuerwehr und der immer besseren Integration der Freiwilligen Feuerwehren kann von einer nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitsstandards ausgegangen werden - sowohl bei den Risikostrukturen (Klinikum, Beutenberg, A4-Tunnelanlagen) als auch den dörflichen Gemeindeteilen.

Der - durchaus auch erfreuliche - Rückgang der Gebühreneinnahmen bei Kontrollen im fließenden Verkehr kann zum Rückgang einer erheblichen Einnahmeposition im Dezernat führen. In diesem Bereich sollten die Bemühungen intensiviert werden, das Rotlichtblitzen in die ordnungsbehördliche Zuständigkeit der Stadt zu bekommen - auch unter Berücksichtigung der gerade dort nicht oder nicht hinreichend kontrollierten gefährlichen Verstöße.

Die Neuausrichtung der Controllingprozesse lässt erwarten, dass strukturelle Defizite in den kommunalen Verwaltungs- und Unternehmensbereichen, die kostenintensive Wirkungen entfalten, schneller und besser erkannt und bewertet werden und dem Oberbürgermeister sowie dem Stadtrat entsprechende, daraus abgeleitete Entscheidungsvorschläge vorgelegt werden.



Jauch

Dezernent für Finanzen, Sicherheit und Bürgerservice

Stand Ergebnisplan zum 30.06.2018

Ergebnisplanposition	Werte in T€				
	Ergebnis 2017	HH-Ansatz 2018	AO 2018	VAO 2018	Abw. zum HH-Ansatz
01 Steuern und ähnliche Abgaben					
02 Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	375	227	6	227	0
03 Erträge der sozialen Sicherung	1	0	0		0
04 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.692	4.394	2.444	4.774	381
05 privatrechtliche Leistungsentgelte	208	149	77	148	-0
06 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.179	4.869	2.467	4.888	19
07 Erhöhung/Verminderung des Bestands FE/UE und Leistungen					
08 andere aktivierte Eigenleistungen					
09 sonstige laufende Erträge	2.923	3.166	1.371	2.635	-531
10 Zins- und sonstige Finanzerträge	16	3	-2	7	4
11 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	5.079	5.183	0	5.183	0
12 außerordentliche Erträge					
13 Entnahme aus Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich					
14 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage					
15 Entnahme aus der zweckgebundenen Ergebnisrücklage					
Summe Erträge	18.473	17.989	6.363	17.862	-127
01 Personalaufwendungen SN	19.151	20.062	9.168	20.553	491
02 Personalaufwendungen - ohne SN	94	149	95	125	-23
03 Versorgungsaufwendungen					
04 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.334	5.246	3.130	5.382	136
05 Abschreibungen auf immaterielle VG des AV und auf SA	672	721	0	721	0
06 Abschreibungen auf VG des UV, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten					
07 Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	2.239	1.989	1.722	2.125	137
08 Aufwendungen der sozialen Sicherung	145	73	31		-73
09 sonstige laufende Aufwendungen	5.138	5.367	4.267	5.939	572
10 Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	1	5	3	14	9
11 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.496	7.503	0	7.503	0
12 außerordentliche Aufwendungen					
13 Einstellungen in Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich					
14 Einstellung in die allgemeine Rücklage					
15 Einstellung in die zweckgebundene Ergebnisrücklage					
Summe Aufwendungen	40.272	41.115	18.416	42.363	1.248
Gesamtsaldo	-21.798	-23.126	-12.054	-24.501	-1.375

Ergebnis Vorjahr = vorläufiges Ergebnis 2017

VAO = voraussichtliches Ergebnis zum 31.12.2018

AO = Ergebnis gemäß Buchungsstand zum Quartalsstichtag 30.06.2018

Das voraussichtliche Ergebnis der Aufwandsposition 01 Personalaufwendung gemäß SN wurde anhand der in Durchschnittskosten bewerteten Abweichungen zwischen Stellenplan und tatsächlicher Stellenbesetzung ermittelt. Die Abweichungen gegenüber dem HH-Ansatz ergeben sich wie folgt:

Einsparungen aus der Personalkostenbudgetierung	-425
Verringerung HH-Ansatz für Konsolidierungsbeitrag 1,5%	307
Verringerung HH-Ansatz für zusätzliche Konsolidierung (10 VbE in 2016 bzw. 3,0% ab 2017)	614
Abweichung Gesamt-Soll zum HH-Ansatz	0
Abw. zum HH-Ansatz	491



Stand Ergebnisplan zum 30.06.2018 je Budget

Budget	Bezeichnung Verantwortliche/r	Erläuterung	Werte in T€				
			Ergebnis 2017	HH-Ansatz 2018	Gesamt-Soll 2018	VAO 2018	Abweichung zum Gesamtsoll
T2002150	Team Haushalt Dezernat 2 Herr Pietsch	AW.01: Minderaufwand 22 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.04: Mehraufwand 4 T€ für Betriebskosten aufgrund aktueller Verträge KIJ 2018 AW.09: Minderaufwand 3 T€ für Mieten aufgrund aktueller Verträge KIJ 2018	11	0	-1	20	21
T2012110	FD Haushalt, Controlling und Organisationsentwicklung Herr Berger	AW.01: Minderaufwand 72 T€ Personalaufwendungen SN 1	-705	-948	-1.144	-1.072	72
T2012120	FD HHCO - Projekt Doppik Herr Berger		-33	-10	-88	-88	0
T2012130	FD HHCO - Betriebe Herr Berger						
T2022140	FD Buchhaltung und Vollstreckung Frau Perret	ER.04: Minderertrag 25 T€. Die Fälle aus gesetzlich zugewiesener Vollstreckung von Rundfunkbeiträgen sind nach der Umstellung der Rechtsgrundlage auf Erhebung pro Wohnung im Jahr 2013 nach anfänglichen erheblichen Fallzahlen spürbar gesunken und werden erst ab 2019 nach erneutem Melderegisterabgleich 06/2018 wieder steigen. ER.09: Minderertrag 15 T€ bei den Säumniszuschlägen. Die absolute Zahl der erforderlichen Mahnungen sinkt seit 2013 stetig, insbesondere in Bußgeldsachen und auch in Steuersachen. Die Steuersachen sind gerade die säumniszuschlagsrelevanten Sachverhalte. Auch Bausachverhalte mit größeren Beträgen kommen aktuell kaum noch vor. AW.01: Mehraufwand 54 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.04: Mehraufwand 25 T€ für Betriebskosten an den Eigenbetrieb KIJ AW.09: Nutzung von 20 T€ aus dem Budgetübertrag zum Ausgleich von Unwägbarkeiten im jetzt eingeschätzten voraussichtlichen Ist und zum Zahlen von Rechnungen für Aus- und Fortbildungen infolge Strukturänderung, für die das Fortbildungsbudget nicht ausreicht.	38	0	-68	-156	-87

Budget	Bezeichnung Verantwortliche/r	Erläuterung	Ergebnis 2017	HH-Ansatz 2018	Gesamt-Soll 2018	VAO 2018	Abweichung zum Gesamtsoll
T2032510	FD Kommunale Ordnung Herr Arndt	ER.04: Mehrerträge 60 T€ aus Sondernutzungsgebühren, höhere Gebühren durch Anpassung der Satzung ER.09: Mindererträge 25 T€ Verwarnungs- und Bußgelder Gewerbebehörde, Kontrollen und Bußgelder haben ihre erzieherische Wirkung gezeigt und dadurch kommen weniger Verstöße die zu Owig führen vor AW.04: Mehraufwand 18 T€ für Betriebskosten aufgrund aktueller Verträge KIJ 2018 AW.04: Mehraufwand 55 T€ - Sicherstellung nach Sterbefall von mehreren Hunden und deren Unterbringung in verschiedenen Tierheimen, die Vermittlung gestaltet sich sehr schwierig und aus dem Nachlass des Verstorbenen ist nichts zu erwarten AW.09: Minderaufwand 34 T€ für Mieten aufgrund aktueller Verträge KIJ 2018	-2.759	-2.813	-2.868	-2.868	-0
T2042530	FD Verkehrsorganisation Herr Apelt	ER.09: Mindererträge 500 T€, davon 50 T€ aus Verwarnung- und Bußgelder aus ruhenden Verkehr aufgrund sehr hohen Krankenstands sowie 450 T€ aus Verwarn- und Bußgeldern aus fließenden Verkehr, extremer Rückgang der Fallzahlen um 12 % im stationären Bereich AW.01: Mehraufwand 26 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.04: Mehraufwand 15 T€ für Betriebskosten aufgrund aktueller Verträge 2018 KIJ AW.04: Minderaufwand 64 T€ Aufwand an Geräteanbieter stationäre Blitzer, aufgrund des extremen Rückgangs der Fallzahlen AW.09: Minderaufwand 12 T€ für Mieten aufgrund aktueller Verträge KIJ 2018 (Wegfall der Fachanwendung)	-722	-554	-554	-1.016	-462
T2052540	FD Feuerwehr Herr Schörnig	ER.04: Mehrerträge 50 T€ aus Benutzungsgebühren lt. Satzung: alle buchungsrelevanten Sachen wurden erst Ende Februar in das Fachverfahren (HKR) gebracht, so dass dadurch eine Verschiebung der Abrechnungszeiträume entstanden ist, diese Lücken werden perspektivisch geschlossen AW.01: Mehraufwand 478 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.04: Mehraufwand 50 T€ für Betriebskosten aufgrund aktueller Verträge KIJ 2018 AW.04: Minderaufwand 44 T€ Aufwandsanteil aus der Beschaffung Sandsackfüllplatz – vorraussichtliche Verschiebung auch aufgrund fehlender Fördermittel-Zusage AW.09: Minderaufwand 52 T€ für Mieten aufgrund aktueller Verträge KIJ 2018	-12.394	-13.001	-13.154	-13.532	-378

Budget	Bezeichnung Verantwortliche/r	Erläuterung	Ergebnis 2017	HH-Ansatz 2018	Gesamt-Soll 2018	VAO 2018	Abweichung zum Gesamtsoll
T2062610	FD Bürger- und Familienservice Herr Schroth	ER.06: Mehrerträge 19 T€ Erstattung vom Land für die Bundestagswahl 2017 AW.01: Minderaufwand 38 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.02: Minderaufwand 23 T€ für Aufwandsentschädigung Wahlhelfer aufgrund geringerer Besetzung in den Wahllokalen und mehrerer Kollegen, welche Freizeitausgleich in Anspruch genommen haben AW.04: Mehraufwand 12 T€ für Betriebskosten aufgrund aktueller Verträge 2018 KIJ AW.07: Minderaufwand 26 T€ für Ausbildungsprämie aufgrund niedrigerer Studentenzahlen AW.09: Minderaufwand 13 T€ für Mieten aufgrund aktueller Verträge 2018 KIJ	-2.551	-3.029	-3.087	-2.979	108
T2062611	FD BFS - KIHGS / Erziehungsgeld Herr Schroth	ER.04: Mehrerträge 80 T€ aus Hortgebühren aufgrund besserer Einkommenssituation (Hochrechnung) ER.04: Mehrerträge 170 T€ Einnahmen aus Hortpersonalkosten aufgrund besserer Einkommenssituation (Hochrechnung) AW.04: Mehraufwand 2 T€ für Betriebskosten aufgrund aktueller Verträge 2018 KIJ AW.07: Mehraufwand 163 T€ Weiterleitung Personalkostenanteil Hortgebühren an das Land abzgl. des Selbsthaltes von 2,5 % AW.09: Minderaufwand 4 T€ für Mieten aufgrund aktueller Verträge 2018 KIJ	-770	-946	-975	-824	151
T2072620	FD Personenstandswesen und Aufenthaltsrecht Frau Horatschek	ER.04: Mehrerträge 40 T€ aus Verwaltungsgebühren (20 T€ Standesamt und 20 T€ Ausländerbehörde) gemäß Hochrechnung aufgrund gestiegener Fallzahlen AW.01: Mehraufwand 61 T€ Personalaufwendungen SN 1 AW.04: Mehraufwand 45 T€ für Betriebskosten aufgrund aktueller Verträge KIJ 2018 AW.09: Mehraufwand 39 T€ für Mieten aufgrund aktueller Verträge KIJ 2018 AW.09: Mehraufwand 42 T€ Aufwendungen für Bundesdruckerei aufgrund gestiegener Fallzahlen	-1.912	-1.825	-1.840	-1.986	-146
Summe Dezernat 2			-21.798	-23.126	-23.780	-24.501	-721
zzgl. Abweichung Gesamt-Soll vom Haushaltsansatz							-654
Abweichung VAO vom Haushaltsansatz							-1.375

Ergebnis Vorjahr = vorläufiges Ergebnis 2017

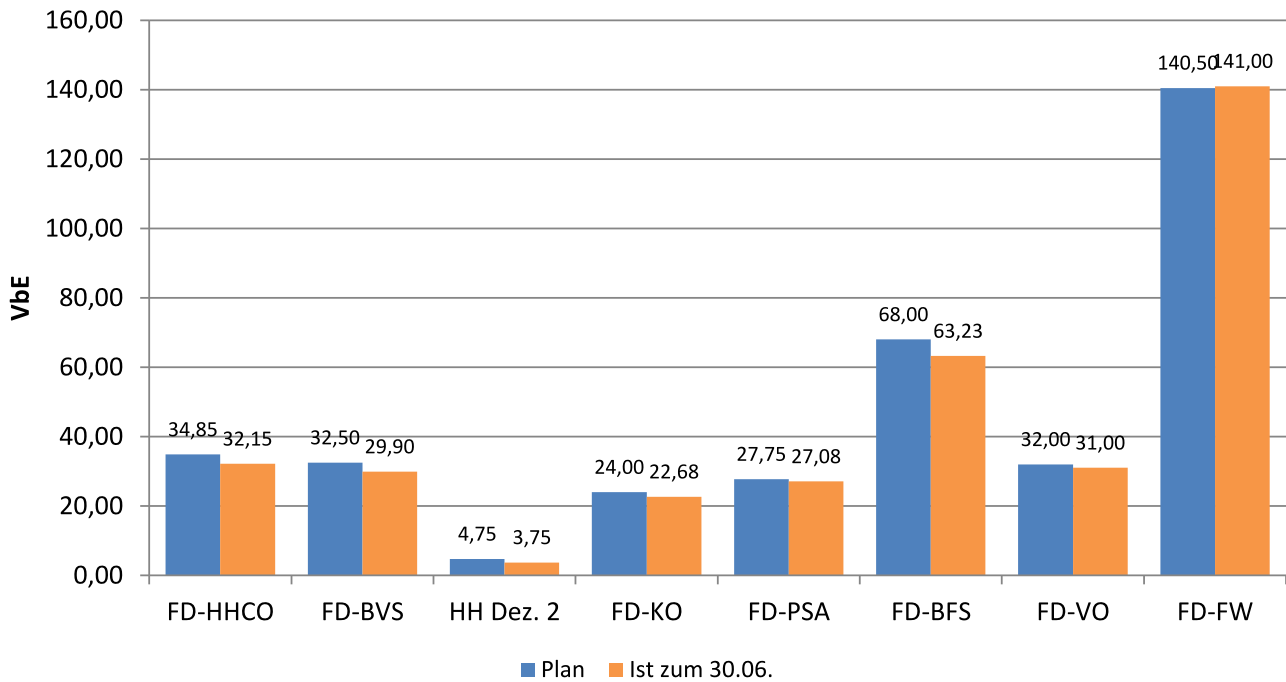
Gesamtsoll = HH-Ansatz zzgl. Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr, über- und außerplanmäßigen Mitteln sowie Sollüberträgen (fortgeschriebener Ansatz)

VAO = voraussichtliches Ergebnis zum 31.12.2018

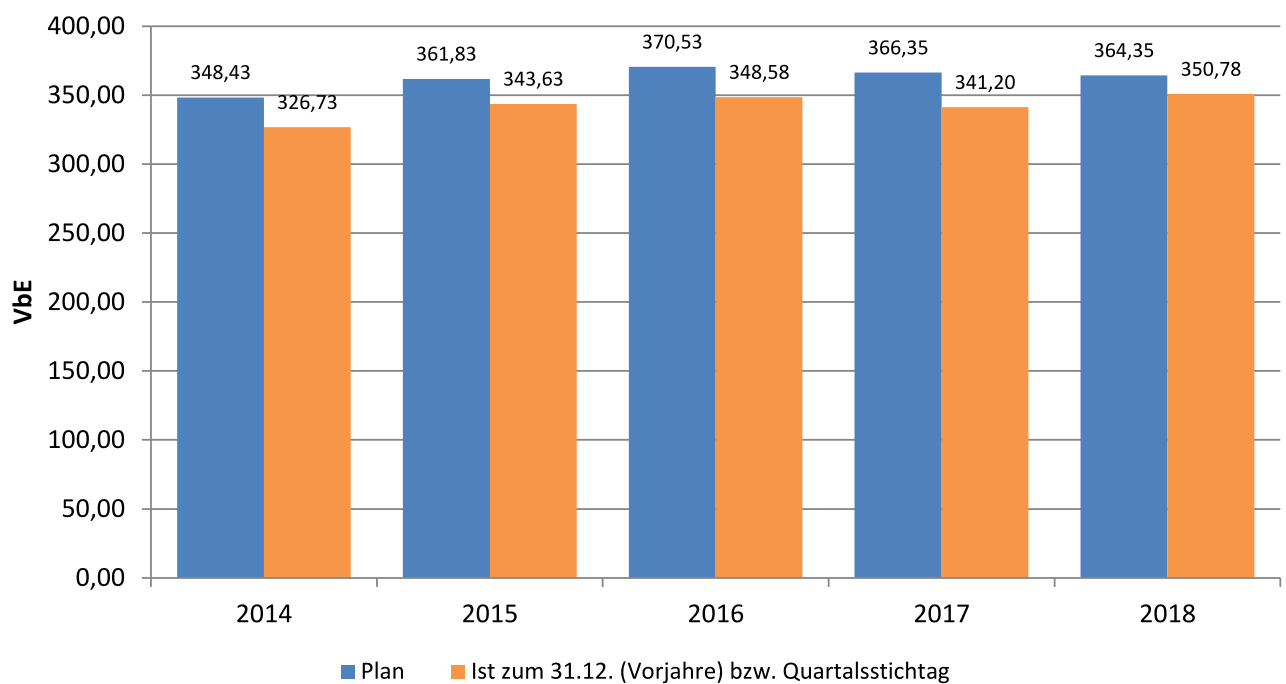
Das voraussichtliche Ergebnis der Aufwandsposition 01 Personalaufwendungen gemäß Sammelnachweis wurde anhand der in Durchschnittskosten bewerteten Abweichungen zwischen Stellenplan und tatsächlicher Stellenbesetzung ermittelt.



Stellenbesetzung je Fachdienst



Stellenentwicklung



Kennzahlen zum 30.06.2018 je Budget

Einheiten entsprechend Kennzahl
Plan-/Ist-vergleich lfd. Jahr

Budget	Produkt	Kennzahl	Plan 2018	Plan zum Stichtag	Ist zum Stichtag	Abw. vom Plan
T2032510	FD Kommunale Ordnung					
1221	Sicherheit und Ordnung (P)					
		1) Mindestens 95 % der Sondernutzungsanträge werden innerhalb von 10 Arbeitstagen beschieden. 2) Im Rahmen einer intensiven Zusammenarbeit mit der Polizei werden im Kalenderjahr mindestens 48 gemeinsame Streifengänge durchgeführt.				
	12210020	Anteil der innerhalb von 10 AT beschiedenen Sondernutzungsanträge in %	95	95	100	5,00 ✓
	12210030	Anzahl der gemeinsamen Streifengänge mit der Polizei	48	24	30	25,00 % ✓
	12210100	Anzahl der Sondernutzungsanträge gesamt	1.210	363	458	26,17 % ✗
	12210110	Anzahl der Vorgänge ZEVD gesamt	6.950	3.475	3.028	-12,86 % ●
1222	Gewerbe (P)					
		1) Jede Gaststätte wird im Kalenderjahr mindestens 1x kontrolliert. 2) Jede Spielhalle wird im Kalenderjahr mindestens 2x kontrolliert.				
	12220110	Saldo An-/Abmeldungen	-100	-50	-16	34,00 ✓
	12220120	Anzahl der aktiven Gewerbebetriebe	6.700	6.700	6.669	-0,46 % ✓
T2042530	FD Verkehrsorganisation					
1231	Verkehrsrechtliche Anordnungen, Erlaubnisse und Genehmigungen (P)					
		1) 85% der Anordnungen werden innerhalb von 10 Arbeitstagen beschieden. 2) 90 % der Ausnahmegenehmigungen werden innerhalb von 5 AT entschieden. 3) Die Verkehrsunfallzahlen verringern sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 2 %. 4) Die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit innerhalb des Stadtgebietes beträgt mindestens 30 km/h.				
	12310010	Anteil der innerhalb von 10 AT beschiedenen Anordnungen in %	85	85	87,45	2,45 ✓
	12310020	Anteil der innerhalb von 5 AT entschiedenen Ausnahmegenehmigungen in %	95	95	97,94	2,94 ✓
	12310030	Veränderung der Unfallzahlen insgesamt gegenüber dem Vorjahr in %	-2	-2	-6,87	-4,87 ✓
	12310040	durchschnittliche Reisegeschwindigkeit in km/h	30	30	30,15	0,15 ✓
1234	Verkehrsüberwachung (P)					
		1) Die Verkehrsunfallzahlen an Unfallschwerpunkten verringern sich gegenüber dem Vorjahr um 3 %. 2) In WS-/Gerichtsverfahren halten Entscheidungen zu 95 % der Überprüfung stand.				
	12340010	Veränderung der Unfallzahlen an Unfallschwerpunkten gegenüber dem Vorjahr in %	-3	-3	-31,3	-28,30 ✓
	12340021	Anteil der im WS-/Gerichtsverfahren bestätigten Entscheidungen in %	95	95	99,94	4,94 ✓
	12340110	Anzahl geahndete Verstöße fließender Verkehr	95.000	47.500	38.766	-18,39 % ✗
	12340120	Anzahl Verwarnungen/Bußgelder ruhender Verkehr	40.000	20.000	18.763	-6,19 % ●
T2052540	FD Feuerwehr					
1261	Brandschutz (P)					
		1) In mindestens 90 % der Alarmierungen wird der Einsatzort in der erforderlichen Sollstärke (Funktionen) und in der vorgegebenen Hilfsfrist für bebaute Ortslagen erreicht.				
	12610010	Erreichungsgrad der Funktionsstärke und Hilfsfrist in %	90	90	82,27	-7,73 ✗
1271	Rettungsdienst (P)					
		1) In mindestens 95 % der Einsätze wird der Einsatzort innerhalb der vorgegebenen Hilfsfrist erreicht.				
	12710010	Erreichungsgrad der Hilfsfrist in %	95	95	96,1	1,10 ✓
1272	Leitstelle (P)					
	12720100	Anzahl der vermittelten Einsätze gesamt	60.300	30.150	31.098	3,14 % ✓
T2062610	FD Bürger- und Familienservice					
1225	Einwohnerwesen (P)					

Budget		Plan-/Ist-vergleich lfd. Jahr			
Produkt	Kennzahl	Plan 2018	Plan zum Stichtag	Ist zum Stichtag	Abw. vom Plan
	1) Für die Erreichung einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung ist die Funktion Korrektur Person geringst möglich zu nutzen. 2) Die durchschnittliche Wartezeit im Jahr beträgt maximal 11 min. 3) Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt im Jahr maximal 18 min. 4) Die durchschnittliche Kundenzufriedenheit des Vorjahres entspricht mindestens der Schulnote 2,0.				
	12250010 Anteil Fälle, in denen Korrekturfunktion genutzt wurde, an Gesamtfällen in %	2,5	2,5	1,15	-1,35 ✓
	12250020 Durchschnittliche Wartezeit (min)	11	11	3	-8,00 ✓
	12250030 Durchschnittliche Bearbeitungszeit (min)	18	18	10	-8,00 ✓
	12250041 Kundenzufriedenheit (Schulnote)	2	2	1,29	-0,71 ✓
	12250042 Anzahl der Umfrageteilnehmer	600	300	467	55,67 % ✓
1232	Fahrerlaubnisse (P)				
	1) Für die Erreichung einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung ist die Fehlerquote bei der Übermittlung an das Kraftfahrtbundesamt zu minimieren. 2) In mind. 90 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand. 3) Die durchschnittliche Wartezeit beträgt maximal 3 min. 4) Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt maximal 16 min.				
	12320010 Fehlerquote in %	0,5	0,5	0	-0,50 ✓
	12320020 Widerspruchsquote - ungerechtfertigte Widersprüche in %	90	90	100	10,00 ✓
	12320030 Durchschnittliche Wartezeit des Bürgers in min.	3	3	1	-2,00 ✓
	12320040 durchschnittliche Bearbeitungszeit in min.	16	16	17	1,00 ✓
1233	Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen (P)				
	1) Für die Erreichung einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung ist die Funktion Korrektur Person geringst möglich zu nutzen. 2) Die durchschnittliche Wartezeit im Jahr beträgt maximal 11 min. 3) Die durchschnittliche Bearbeitungszeit beträgt im Jahr maximal 18 min. 4) Die durchschnittliche Kundenzufriedenheit des Vorjahres entspricht mindestens der Schulnote 2,0. 5) Die Bescheiderteilung für Außerbetriebsetzungen erfolgt innerhalb von 3 Arbeitstagen.				
	12330010 Anteil Fälle, in denen Korrekturfunktion genutzt wurde, an Gesamtfällen in %	0		0,15	0,15 ●
	12330020 Durchschnittliche Wartezeit (min)	11	11	3	-8,00 ✓
	12330030 Durchschnittliche Bearbeitungszeit (min)	18	18	17,25	-0,75 ✓
	12330041 Kundenzufriedenheit (Schulnote)	2	2	1,29	-0,71 ✓
	12330042 Anzahl der Umfrageteilnehmer	600	300	467	55,67 % ✓
T2062611	FD BFS - KIHGS / Erziehungsgeld				
3512	Sonstige soziale Angelegenheiten - Bundeselterngeldgesetz (P)				
	1) In mindestens 80 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand. 2) Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer im Jahr beträgt maximal 25 Arbeitstage. 3) Die durchschnittliche Erledigungsquote beträgt im Jahr mindestens 90 %.				
	35120010 Anteil der ungerechtfertigten Widersprüche in %	80	80	60	-20,00 ✗
	35120020 durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Arbeitstagen	25	25	21,33	-3,67 ✓
	35120030 Erledigungsquote in % (ab 7/2015 nur für Bundeselterngeld aufgrund Nichtigkeitserklärung des Betreuungsgedgesetzes durch das BVE)	90	90	87,1	-2,90 ●
	35120032 Anzahl der Anträge - Bundeselterngeld	1.800	900	899	-0,11 % ✓
3653	Erhebung Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und bei Inanspruchnahme der Tagespflege - Verrechnungsprodukt (P)				
	1) In mindestens 90 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand.				
	36530010 Anteil der ungerechtfertigten Widersprüche in %	90	90	77,78	-12,22 ✗
	36530100 Anzahl der Bescheide	8.500	3.400	3.129	-7,97 % ●
3654	Erhebung Elternbeiträge für Horte in Schulen - Verrechnungsprodukt (P)				
	1) In mind. 90 % der im Kalenderjahr abgeschlossenen Widerspruchsverfahren hält die getroffene Entscheidung der Überprüfung stand.				
	36540010 Anteil der ungerechtfertigten Widersprüche in %	90	90	100	10,00 ✓
	36540100 Anzahl der Bescheide	5.000	2.250	1.768	-21,42 % ✗
T2072620	FD Personenstandswesen und Aufenthaltsrecht				

Budget		Plan-/Ist-vergleich lfd. Jahr			
Produkt	Kennzahl	Plan 2018	Plan zum Stichtag	Ist zum Stichtag	Abw. vom Plan
1223	Personenstandswesen, Staatsangehörigkeit und Einbürgerung (P)				
	1) Die Fehlerquote bei Beurkundungstätigkeit und Urkundenausstellung beträgt nicht mehr als 2 %.				
	2) Die Anzahl der Bürgervorsprachen pro Fall beträgt im Durchschnitt nicht mehr als 2,5.				
	3) Es wird eine hohe Kundenzufriedenheit erreicht (Schulnote 2,0 oder besser).				
	4) Die durchschnittliche Wartezeit beträgt maximal 30 min.				
	12230011 Anzahl der Beurkundungen von Geburten	1.550	775	807	4,13 % ✓
	12230012 Anzahl der Beurkundungen von Sterbefällen	1.600	800	1.002	25,25 % ✗
	12230013 Anzahl der Beurkundungen von Eheschließungen	400	160	176	10,00 % ●
1224	Aufenthaltsrecht von Ausländern (P)				
	1) Pro elektronischem Aufenthaltstitel (eAT) beträgt die Anzahl der Bürgervorsprachen im Durchschnitt nicht mehr als 3.				
	2) Im Rahmen einer fachkompetenten Vorgangsbearbeitung bleibt die Zahl der fehlerhaft bestellten elektronischen Aufenthaltstitel (eAT) sowie Reiseausweise unter 2 %.				
	12240010 Vorsprachenquote für elektronische Aufenthaltstitel (Anzahl Vorsprachen je eAT)	1,8	1,8	1,23	-0,57 ✓
	12240020 Fehlerquote beim elektronischen Aufenthaltstitel sowie Reiseausweis in %	1,57	1,57	0,35	-1,22 ✓
	12240024 Anzahl ausgehändigter eAT sowie Reiseausweise	3.500	1.750	2.274	29,94 % ✗
	12240110 Anzahl aktuell aufhältiger Ausländer	8.500	8.500	10.382	22,14 % ●

Erläuterungen

Kennzahlen 12310030 und 12340010 Veränderung der Unfallzahlen:

Die Unfallzahlen werden von der Polizei erhoben und in der Regel im 2. Quartal des Folgejahres für das vergangene Kalenderjahr veröffentlicht. Daher kann die prozentuale Entwicklung der Unfallzahlen nur zeitversetzt dargestellt werden und betrifft hier die Veränderung des Jahres 2017 gegenüber 2016.